Artikel auf t-online vom 13.02.2026:

Kritik vor Münchner Sicherheitskonferenz: Ökonom rechnet mit Pistorius' Rüstungsstrategie ab:
Die Münchner Sicherheitskonferenz beginnt. Ein Top-Ökonom vermisst in Pistorius' Militärausgaben Impulse für Zukunft und Wachstum der deutschen Wirtschaft.

Der Kieler Ökonom Moritz Schularick fordert einen Kurswechsel in der deutschen Verteidigungspolitik. "Es fehlt ein vernünftiger Plan, mit den grundsätzlich richtigen höheren Verteidigungsausgaben Frieden und Freiheit in Europa zu stärken und dies mit ökonomischen und technologischen Chancen zu verbinden", sagte der Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur. "Der Plan ist aktuell, bis Ende des Jahrzehnts rund 500 Milliarden Euro auszugeben, um am Ende genauso abhängig von den Amerikanern zu sein wie bisher." Das leuchte ihm nicht ein.

Zuvor hatte bereits Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) die Vergabepraxis von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) kritisiert. "Es wäre gut, wenn das Bundesverteidigungsministerium nicht bei Elon Musk Startkapazitäten buchen würde", sagte Reiche vor dem Auftakt der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC).

Schularick hatte die Investitionsstrategie des Verteidigungsressorts bereits zur Jahreswende in einem Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" kritisiert und erklärt: "Wir haben es nicht geschafft, eine Strategie vorzulegen, wie wir das Geld sinnvoll ausgeben und gleichzeitig mehr Sicherheit und europäische Unabhängigkeit, industrielle Impulse und ein technologisches Upgrade hinbekommen."

Auch die Unternehmensberatung McKinsey vermisste in einer Studie mit Blick auf die rasant steigenden Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten ein ökonomisches Denken: "Die Verteidigungsausgaben europäischer Nato-Staaten steigen rasant, doch die Fragmentierung der Waffensysteme hemmt Effizienz und Interoperabilität. Eine Konsolidierung in Zulieferketten könnte jährlich 9 Milliarden Euro erschließen."

Eine Studie der niederländischen Nationalbank DNB hatte ebenfalls mehr Strategie bei den Verteidigungsausgaben angemahnt. So heißt es in der Analyse: "Höhere Verteidigungsausgaben werden die Wirtschaft

kurzfristig nicht automatisch ankurbeln; angespannte Arbeitsmärkte und eine hohe Importabhängigkeit begrenzen die kurzfristigen Gewinne." Konkret werden Investitionen in Zukunftstechnologien wie Halbleitertechnik sowie Kommunikations- und Nachrichtentechnologie angemahnt.

Pistorius setzt zu stark auf alte Technologien

Schularick hatte sich bereits vor dem schuldenbasierten Sondervermögender Bundesregierung für einen langfristigen Aufbau von Verteidigungskapazität ausgesprochen und eine Ausnahme der Schuldenbremse für Militärausgaben vorgeschlagen.

Der Ökonom sieht für die deutsche Industrie Potenziale in neuen Technologien. "Grundsätzlich haben wir die Chance, jetzt etwa so wie die Chinesen es bei den Elektroautos gemacht haben, eine ganze Generation von Technologie zu überspringen. Statt jetzt in den 1990er-Jahren entwickelte Panzer nachzukaufen, für die in den vergangenen 20 Jahren kein Geld da war, sollten wir die Mittel besser gleich in die nächste Generation von Verteidigungstechnologie stecken."

Deutschland orientiert sich nach Schularicks Dafürhalten noch zu stark an Alttechnologien. "Wir haben bis jetzt 95 Prozent des Geldes für bemannte Altsysteme verplant. Dabei sind wir ein Land, das eine nicht besonders kriegsfreudige Bevölkerung hat, die zudem immer älter wird und abnimmt." Gleichzeitig habe Deutschland viel Kapital und auch Technologie. "Deshalb müsste unsere Verteidigungstechnologie auf Kapital und Technologie basieren und nicht auf Menschen."

Schularick empfiehlt Großbritannien als Vorbild

Großbritannien habe sich anders als Deutschland entschieden, zu etwa einem Fünftel auf unbemannte Systeme zu setzen, sagte Schularick. "Dementsprechend sollten auch wir unsere Mittel einsetzen." Der Kampfwert von Altsystemen bei künftigen Auseinandersetzungen sei unsicher.

Ziel müsse es sein, so schnell wie möglich das autonom fahrende Militärfahrzeug der Zukunft zu entwickeln, sagte Schularick. Stattdessen bestelle das Land eine vierstellige Zahl an Radpanzern vom Typ Boxer, für die man ebenso viele Fahrer brauche. Für den Ökonomen ein Strategiefehler.

"25 Millionen Euro teure Panzer können von einer Drohne kampfunfähig gemacht werden, die vielleicht 50.000 Euro kostet", sagte

Schularick. "Und wir haben die geniale Idee, dem Panzer ein zweites bemanntes System an die Seite zu stellen, um den Panzer zu schützen." Sinnvoller sei, gleich in unbemannte Systeme zu investieren. Panzerfahrer ließen sich in Deutschland ohnehin nicht so einfach finden.

Der Ökonom sieht auch im Bereich der Luftabwehr Versäumnisse. "Wir haben es seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in den vergangenen vier Jahren nicht geschafft, die industriellen Kapazitäten und Möglichkeiten Deutschlands und Europas so einzusetzen, dass wir zum Beispiel deutlich mehr Flugabwehrraketensysteme vom Typ Iris-T produzieren. Das ist wirklich Manufakturarbeit, Handarbeit von Liebhaberstücken und keine industrielle Serienfertigung." Dort seien industrielle Potenziale noch zu heben.

Für Schularick fehlt es auch an wirtschaftlicher Planung für den Fall eines direkten Konflikts. "Die Planung ist jetzt, wieder volle Regale zu haben. Aber wir haben keinen Plan für den Fall, dass die Hälfte der Regale wieder leer ist nach einem halben Jahr." Niemand plane aktuell Produktionskapazitäten. "Wie viele Millionen Drohnen sollte Deutschland aber in der Lage sein, pro Jahr zu produzieren? Wie viele Luftabwehrraketen? Wie viele Marschflugkörper vom Typ Taurus?"